

## Die Weichen der Wirtschaftspolitik wieder auf Expansion stellen!

Zum Dritten Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Stabilität ohne Stagnation lautete der Titel des vorjährigen Jahresgutachtens des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung<sup>1)</sup>. Dies war — in drei Worten zusammengefaßt — die Forderung des Rates für die Wirtschaftspolitik des Jahres 1966. Tatsächlich jedoch ist es umgekehrt fast zu einer wirtschaftlichen Stagnation gekommen, ohne daß eine Stabilisierung des Geldwerts erreicht wurde. Der ausschließlich auf Geldwertstabilität gerichtete Kurs der Bundesbank hat zu einer zu starken Abschwächung der Inlandsnachfrage geführt. Immer größer wird der Kreis derjenigen Wirtschaftszweige, die sich schwere Sorgen um ihre Produktion und um ihren Umsatz machen müssen.

Im Durchschnitt erhielten die Industriefirmen in den vier Monaten Juli bis Oktober 1966 rund 5 vH weniger Aufträge von einheimischen Firmen als im gleichen Vorjahrszeitraum. Im Bereich der Investitionsgüterindustrie machte der Rückgang der Inlandsbestellungen sogar rund 8 vH aus, und die Hochbauaufträge waren im 3. Vierteljahr 1966 um knapp ein Zehntel niedriger als vor Jahresfrist. Diese Nachfragedrosselung kann von der Expansion der Auslandsnachfrage längst nicht ausgeglichen werden. Infolgedessen muß für das 1. Halbjahr 1967 damit gerechnet werden, daß das *reale* Sozialprodukt kaum noch wachsen und möglicherweise sogar stagnieren wird. Im Durchschnitt der gesamten Industrie war schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1966 kein Produktionszuwachs zu verzeichnen, und in der Bauwirtschaft ging die Produktion im Vergleich zum entsprechenden Vorjahrszeitraum sogar erheblich zurück. Die Folge war eine Verdoppelung der Zahl der Arbeitslosen und eine erhebliche Zunahme der Kurzarbeit.

### *Gegen eine Stabilitätspolitik um jeden Preis*

Dies ist — in groben Strichen skizziert — das Bild, das die Wirtschaft der Bundesrepublik bot, als die Sachverständigen die Arbeit an ihrem „Dritten Jahresgutachten“ abschlossen und es Mitte November der Bundesregierung vorlegten, die es wiederum Ende November an Bundestag und Bundesrat weiterleitete<sup>2)</sup>. In dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage ist es bedeutsam, daß sich der Sachverständigenrat in seinem Gutachten gegen „eine Stabilitätspolitik um jeden Preis“ wendet (Ziff. 284 und 287). In dem Zielkonflikt zwischen Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum müsse ein angemessenes Wachstum berücksichtigt werden. Betont man dieses Ziel, „so erscheint es dringend an der Zeit, die Weichen der Wirtschaftspolitik auf Expansion zu stellen“ (Ziff. Nr. 283). „Expansion und Stabilität“ ist die richtungweisende Überschrift des neuen Gutachtens.

Es beginnt mit einer Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis zum Herbst 1966. Dabei wird, wie schon in den beiden ersten Jahresgutachten, die Wirtschaftslage in einem größeren zeitlichen Zusammenhang gesehen. Denn „die Zyklen,

1) Bundestags-Drucksache V/123. Das Gutachten ist auch als Buch im Kohlhammer-Verlag unter dem Titel „Stabilität ohne Stagnation“ erschienen. Siehe auch die Besprechung des Gutachtens in GM, H. 2/1966, S. 105 ff.

2) Bundestags-Drucksache V/1160. Das Gutachten ist auch im Kohlhammer-Verlag unter dem Titel „Expansion und Stabilität“ erschienen. Der Sachverständigenrat besteht zur Zeit aus den Professoren Wilhelm Bauer, Herbert Giersch und Wolfgang Stützel, aus dem Wirtschaftsprüfer Dr. Karl Binder und dem Arbeitschrektor Dr. Harald Koch,

in denen unsere Wirtschaft wächst und in denen sich der bedauerliche Geldwertschwund vollzieht, dauern immer mehrere Jahre. Somit sind die Preissteigerungen von heute im Grunde das Ergebnis von Fehlhandlungen und Versäumnissen einer Zeit, die mehr als ein Jahr zurückliegt, und so wird heute nicht entschieden über die gesamtwirtschaftliche Lage des nächsten Monats, sondern weitgehend schon über das Geschehen im nächsten und übernächsten Jahre." (Vorwort, Abschnitt 8)

*Verantwortungsbewußtes Handeln der Gewerkschaften*

Den Gewerkschaften wird bescheinigt, daß sie „ganz allgemein der veränderten gesamtwirtschaftlichen Lage Rechnung getragen haben“, was sich „auch in der unverändert günstigen Streikbilanz der Bundesrepublik“ zeige. „Bemerkenswert ist ferner, daß die Vertreter der Arbeitnehmer sich nochmals zu einer Verschiebung langfristig vereinbarter Arbeitszeitverkürzungen bereit fanden“ (Ziff. 106). Ihr gesamtwirtschaftliches Verantwortungsbewußtsein erhält auch in dem folgenden Satz eine gute Note: „Daß arbeitssparende technische Fortschritte, die der Verknappung der Arbeitskräfte entgegenwirkten, durch gewerkschaftliche Maßnahmen behindert wurden, läßt sich in der Bundesrepublik nicht feststellen“ (Ziff. 108). Hierbei handelt es sich keineswegs um eine Selbstverständlichkeit, wie sich bei einem Blick über die Grenzen der Bundesrepublik hinweg feststellen läßt.

Anders als die Arbeitgeberverbände und als mancher Wirtschaftspublizist geben sich die Sachverständigen nicht entrüstet, sondern es ist ihnen im Gegenteil „nicht verwunderlich, daß die Zuwachsraten von Effektiv- wie Tariflöhnen nach wie vor beträchtlich über die Rate des Produktivitätsfortschritts hinausgehen“ (Ziff. 107). In diesen Zuwachsraten kommen nämlich „die Erwartungen der Tarifpartner über die Geldwertentwicklung unmittelbar zum Ausdruck“ (Ziff. 107). „Ein Wandel in Richtung auf eine kosten-niveau-neutrale Lohnpolitik schien dem Sachverständigenrat... nur im Rahmen einer konzertierten Stabilisierungsaktion möglich“ (Ziff. 107). Eine solche im zweiten Jahresgutachten in ihren Grundzügen skizzierte Aktion war jedoch leider vom damaligen Bundeskanzler Prof. *Erhard* und seiner Regierung brüsk abgelehnt worden, während der DGB sie grundsätzlich bejahte<sup>3)</sup>, wodurch er einmal mehr sein gesamtwirtschaftliches Verantwortungsbewußtsein bezeugte.

Die Sachverständigen wenden sich entschieden dagegen, daß die Ursachen der schleichenden Geldentwertung einseitig erklärt und ausschließlich bei einer Gruppe oder in einem Teilbereich der Volkswirtschaft gesucht werden. „Vollends sinnlos wird eine einseitige Zurechnung in einer mit dem Ausland verbundenen Volkswirtschaft. Trotzdem scheint in breiten Kreisen der Öffentlichkeit nach wie vor die Auffassung verwurzelt, daß eine zurückhaltendere Lohnpolitik der Gewerkschaften den inflatorischen Trend in der Vergangenheit hätte abschwächen können“ (Ziff 206). Tatsächlich wären auch ohne den gewerkschaftlichen Druck „binnen kurzem die gleichen Preissteigerungen eingetreten“. Die mit dem Ausland verflochtenen Wirtschaftsbereiche hätten nämlich ihre Preise denen im Ausland angepaßt und im Wettbewerb um die knappen Arbeitskräfte freiwillig die Effektivlöhne erhöht. Der internationale Preiszusammenhang und die enge Verbindung der deutschen Preisentwicklung mit dem — aufwärts gerichteten — Preistrend in den übrigen großen Industrieländern werden nach Ansicht der Sachverständigen immer noch viel zu wenig gesehen.

3) Siehe hierzu auch den Text einer vom Sachverständigenrat angeforderten Stellungnahme des DGB im Anhang des Dritten Jahresgutachtens (Drucksache V/1160), S. 176 f. Über die ablehnende Haltung *des* damaligen Bundeskanzlers Prof. *Erhard* wurde im Rahmen der vierteljährlichen Berichterstattung zur Wirtschaftslage in den GM, H. 4/1966, S. 235 f. berichtet.

*Vorausschau auf das Jahr 1967*

In einem zweiten Kapitel gibt der Rat eine Vorausschau auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1967, „wie sie zu erwarten wäre, wenn im Bereich der Finanz-, Wirtschafts- und Lohnpolitik kein Wandel der Konzeption und der Methode, sondern allenfalls eine Anpassung an die veränderte konjunkturelle Lage einträte“ (Vorwort 10 b). Insbesondere wird angenommen, daß die Bundesbank ihre restriktive Politik um die Jahreswende lockern wird.

Bei diesen Annahmen erwarten die Sachverständigen für 1967 einen weiteren Rückgang des wirtschaftlichen Wachstumstempos. Das *reale* Bruttosozialprodukt wird nach dieser Schätzung sowohl im 1. als auch im 2. Halbjahr 1967 gegenüber 1966 nur noch um 2,5 vH zunehmen. Da das Preisniveau weiter um 2 bis 2,5 vH steigen wird, ergibt sich für das *nominale* Sozialprodukt eine Zuwachsrate von 4,5 bis 5 vH. Im gleichen Ausmaß würde sich der private Verbrauch ausweiten, während bei den Investitionen für das 1. Halbjahr ein Rückgang um 2 vH und für das 2. Halbjahr eine geringfügige Zunahme um 1 vH vorausgeschätzt wird.

Der Sachverständigenrat bringt deutlich zum Ausdruck, wie problematisch die Vorausschau gerade in der gegenwärtigen Situation ist. Wenn man von der bis Anfang Dezember 1966 bekanntgewordenen Auftragsentwicklung ausgeht — und die Aufträge zu heute lassen die Produktion von morgen erkennen —, dann erscheint die Vorausschätzung der realen Werte für das 1. Halbjahr 1967 als noch zu optimistisch. Das gilt erst recht, wenn die Bundesbank ihren kreditbeschränkenden Kurs nicht ändern sollte und auch Bund, Länder und Gemeinden in ihren Haushalten eine „Stabilitätspolitik um jeden Preis“ treiben würden; dies sind die Annahmen, die der Rat in der ersten der von ihm vorgenommenen drei Alternativprojektionen — bei jeweils unterschiedlicher politischer Konzeption — macht.

Eine Stabilität um jeden Preis lehnen die Sachverständigen jedoch, wie schon erwähnt, entschieden ab. Ebenso wenig können sie eine „ungezügelter Expansion“ befürworten, bei der um eines möglichst kräftigen Wachstums willen 1967 ein Geldwertschwund bis zu 3 vH hingenommen wird, wodurch für 1968 eine noch größere Inflationsrate zu erwarten ist. Eine derartige Expansionspolitik liegt der zweiten Alternativprojektion zugrunde.

*Strategie der „kontrollierten Expansion“*

Als dritte Alternative haben die Sachverständigen eine Strategie der kontrollierten Expansion entworfen. Sie erinnern daran, daß sie im vergangenen Jahr das Konzept einer „konzertierten Aktion“ zur Diskussion gestellt haben, „weil die Wachstumseinbußen zu groß sind, wenn man Stabilität allein mit Nachfragedrosselung erlangen will“ (Ziff. 241). Sie sehen die „konzertierte Aktion“ als „gesellschaftspolitische Chance, den Preis für die Geldwertstabilität zu senken“ (Ziff. 241). An dieser Aktion sollten sich — koordiniert von der Bundesregierung — alle Gruppen beteiligen, „die Macht und Verantwortung für die Inlandsnachfrage haben“. In zwei Jahresstufen wäre die jährliche Preissteigerungsrate zunächst auf 2 vH und dann auf 1 vH herabzudrücken. Bei wirksamer Absicherung nach außen hätten sich die öffentlichen Haushalte, die Unternehmer mit ihren Investitionsausgaben und die Tarifparteien bei den Lohn- und Gehaltserhöhungen an einer Orientierungsrate auszurichten, die sich aus dem voraussichtlichen *realen* Zuwachs des Sozialprodukts und der tolerierten Preissteigerungsrate zusammensetzt.

Dies sind die Grundzüge der im vorigen Gutachten entworfenen „konzertierten Aktion“. Sie wird nunmehr zur Strategie einer „kontrollierten Expansion“ erweitert, „die

## WIRTSCHAFTSPOLITIK AUF EXPANSION STELLEN!

Wachstum mit Stabilität verbindet" und die „mittelfristige Konzeptionen statt kurzfristige Improvisationen" erfordert (Ziff. 288). Die ausschlaggebenden Elemente dieser Konzeption sind:

Eine außenwirtschaftliche Absicherung, so daß das inländische Preisniveau weitgehend von inflatorischen Einflüssen aus dem Ausland bewahrt wird — hierzu werden konkrete Vorschläge gemacht.

Eine Lohnleitlinie, die vom Produktivitätsanstieg ausgeht, und bei der einerseits — erhöhend — der Anstieg des internationalen Preisniveaus, andererseits — senkend — der Erfolg der außenwirtschaftlichen Absicherung berücksichtigt werden. Gelingt diese Absicherung, entspräche die Lohnleitlinie annähernd dem Produktivitätsfortschritt. Für 1967 würde in diesem Fall die Leitlinie nach Meinung des Rates bei 4 vH liegen. Gegenüber dem letzten Tarifstand dürften die Neuabschlüsse im Jahre 1967 demnach nur Erhöhungen um 4 vH vorsehen.

Außerdem soll die Bundesbank zuvor ihre Kreditbremsen lockern, und die öffentliche Hand soll ihre Investitionsausgaben 1967 gegenüber 1966 um 10 vH erhöhen. Die Mehrausgaben sind jedoch nicht durch Steuererhöhungen oder Einsparungen an anderer Stelle der Haushalte, sondern durch Anleihen zu finanzieren, da anderenfalls von den Investitionen keine belebenden Wirkungen auf die Konjunktur ausgehen würden.

### *Außenwirtschaftliche Absicherung durch DM-Aufwertung*

Die Sachverständigen gehen davon aus, daß starre Wechselkurse — wie sie derzeit international üblich sind — das inländische Preisniveau „fast ebenso fest mit dem Preistrend in der übrigen Welt (verbindet), wie das Preisniveau in Hessen mit dem in anderen Bundesländern zusammenhängt". (Ziff. 254). Solange man mit weiteren Preissteigerungen im Ausland rechnen muß, kann deshalb nur dann ein stabiles Preisniveau im Inland erreicht werden, wenn die Starrheit der Wechselkurse beseitigt wird. Stabiles Preisniveau im Inland und feste Wechselkurse schließen sich in einer Umwelt steigender Preise aus. Wer beides verspricht, „gibt ein Versprechen ab, von dem von vornherein klar ist, daß er es nicht wird einlösen können" (Ziff. 282).

Bereits in ihrem ersten Gutachten hatten die Sachverständigen für bewegliche Wechselkurse plädiert<sup>4)</sup>. In dem neuen Jahresgutachten werden zwei modifizierte Verfahren der Wechselkursanpassung dargestellt und in das Konzept einer „konzertierten Aktion" eingebaut. Die beiden Verfahren — es handelt sich einmal um einen *mittelfristig garantierten Paritätsanstieg* und zum anderen um eine *Bandbreitenerweiterung mit begrenzter Paritätsanpassung nach oben* — können hier natürlich nicht in ihren technischen Feinheiten beschrieben werden.

Das erste Verfahren ist eine allmähliche und gleichmäßige Aufwertung der D-Mark von Woche zu Woche. Bundesregierung und Bundesbank sollen verbindlich erklären, daß der DM-Kurs für einen bestimmten Zeitraum, z. B. für zwei Jahre, Woche um Woche ansteigt, so daß die D-Mark z. B. im Laufe eines Monats um 0,2 vH und im Laufe von zwei Jahren um rund 5 vH teurer würde. Damit wäre ein Preisanstieg in den wichtigsten Handelsländern um durchschnittlich 2,5 vH jährlich in den beiden nächsten Jahren ausgeglichen.

Das zweite Verfahren ist beweglicher, denn bei ihm ist keine vorherige Erklärung und Festlegung des Anstiegs der Wechselkursparität erforderlich. Es setzt allerdings eine Änderung der internationalen Abmachungen voraus, denn zur Zeit dürfen die Wechselkurse nur im Rahmen einer Bandbreite von + 1 vH schwanken; werden diese Grenzen erreicht, sind die Notenbanken zum Eingreifen verpflichtet. Nach den Vorstellungen der Sachverständigen sollte die Bandbreite + auf 4 bis 5 vH vergrößert und eine generelle Erlaubnis zur Paritätsänderung bis zu 2 vH jährlich vereinbart werden.

4) Stabiles Geld — Stetiges Wachstum, Kohlhammer-Verlag, S. 131 S.

In beiden Fällen würden sich bei gleichbleibenden Inlandspreisen die Ausfuhrwaren um etwa 2,5 vH jährlich verteuern, während die eingeführten Waren um 2,5 vH billiger würden, *vorausgesetzt*, daß die Preise im Ausland stabil bleiben. Der Rat nimmt jedoch einen Anstieg des Preisniveaus im Ausland um durchschnittlich 2,5 vH an. Infolgedessen führt die Aufwertung dazu, daß sich an dem Verhältnis der Preise der deutschen Waren zu denen des Auslands nichts ändert.

Bei dieser Durchschnittsbetrachtung werden jedoch Unterschiede in der ausländischen Preisentwicklung außer acht gelassen. Für unseren Export wichtige Länder könnten, anders als der Durchschnitt, ein stabiles Preisniveau haben, und hier könnte eine Aufwertung unseren Export sehr erschweren. Bei dem Verfahren des garantierten Preisanstiegs kommt das Risiko der mittelfristigen Vorausschätzung des internationalen Preistrends hinzu; wird er etwa zu hoch geschätzt, würde die allmähliche Aufwertung deflatorische Wirkungen haben. Schließlich kann nicht übersehen werden, daß den Vorstellungen der Sachverständigen nicht nur internationale Vereinbarungen und Absprachen entgegenstehen, sondern auch Rücksichtnahmen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit<sup>5)</sup>. Die Bundesbank hat jedenfalls bereits durch eine Erklärung jeder Form von Aufwertung der D-Mark eine Absage erteilt, und auch die neue Bundesregierung wird wahrscheinlich der von dem Rat vorgetragenen Konzeption einer modifizierten permanenten DM-Aufwertung nicht folgen können, so interessant und erörterungswert diese auch sein mag.

*Ist eine Lohnleitlinie von 4 vH realistisch?*

Damit fällt aber der eine Pfeiler des Entwurfs der „kontrollierten Expansion“. Das bedeutet, daß die Lohnleitlinie nicht nur am Produktivitätszuwachs ausgerichtet sein kann, sondern auch einen tolerierten Preisanstieg berücksichtigen muß, so wie es die Sachverständigen im vorigen Jahr bei ihrer „konzertierten Aktion“ vorgesehen hatten. Anderenfalls wären die Lohnleitlinien nicht realistisch. Im Gutachten heißt es selbst, daß „man Arbeitgeber und Arbeitnehmer von der Möglichkeit und Unschädlichkeit der Lohnleitlinien überzeugen“ muß. „Das gelingt nur, wenn sich nachweisen läßt, daß die vorgegebenen Leitlinien marktgerecht sind“ (Ziff. 290).

Auch wenn die volle außenwirtschaftliche Absicherung gegeben wäre, ist eine Leitlinie von 4 vH problematisch. Der Rat rechnet nämlich mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 2 vH im 1. Halbjahr 1967 und um 1,5 vH im 2. Halbjahr. Hinzu kommt, daß wegen der Progression der Lohnsteuer eine Lohnleitlinie von 4 vH einer Nettolohnerhöhung von nur 3 bis 3,5 vH gleichkäme. Aus diesen Gründen würde die Kaufkraft der Löhne und Gehälter nur um etwa 2 vH steigen.

Auf eine Reihe weiterer Einzelprobleme, die mit der Festlegung von Lohnleitlinien im Zusammenhang stehen und die der Rat in einem besonderen vierten Kapitel behandelt, kann im Rahmen dieser ersten Stellungnahme nicht eingegangen werden. Eine gründlich durchdachte eingehende Erörterung dieser Fragen kann auch nicht das Phänomen der staatlich manipulierten Preise und den mangelnden Preiswettbewerb im Inland übersehen. Der Rat ist mit Recht der Ansicht, daß eine kontrollierte Expansion „einer Mengenkonzunktur, die das wachsende Produktionspotential weitgehend ausschöpft“, bedürfte (Ziff. 288). Indessen ist die Frage offen, wie nicht nur einzelne Unternehmer, sondern der überwiegende Teil von ihnen bei den bestehenden Wettbewerbshemmungen zur Mengenkonzunktur mit herabgesetzten Preisen veranlaßt werden können.

5) Vgl. ein Interview mit Dr. Otmar Emminger, Mitglied des Direktoriums der Bundesbank, in „Der Volkswirt“ vom 2. 12. 1966, S. 2298.

## WIRTSCHAFTSPOLITIK AUF EXPANSION STELLEN!

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß die Gewerkschaften 1967 in wichtigen Wirtschaftsbereichen, die stagnieren oder von Produktionsrückgängen betroffen sind, in erster Linie an einer Sicherung der Arbeitsplätze interessiert und deshalb mit Lohnforderungen sehr zurückhaltend sein werden. Infolgedessen wird man möglicherweise in diesen Bereichen 1967 noch unter der vom Rat konzipierten Lohnleitlinie bleiben. Schon deshalb ist es volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt, von den Gewerkschaften in Wachstumsindustrien — wie z. B. in der chemischen Industrie — den Verzicht auf mögliche überdurchschnittliche Lohnerhöhungen zu fordern.

Die amtliche Wirtschaftspolitik kann sicherlich auch ohne DM-Aufwertung eine Reihe von wirksamen Maßnahmen ergreifen, um den Anstieg des Preisniveaus wenigstens zu dämpfen. Dr. *Emminger*, Mitglied des Direktoriums der Bundesbank, hat darauf hingewiesen, daß es in der internationalen Preisentwicklung keineswegs einen Gleichschritt in allen Ländern gibt; vielmehr seien Schrittmacher und Nachzügler zu beobachten <sup>6)</sup>. Diese Feststellung wird durch einen Überblick über die Entwicklung der Großhandels- und Verbraucherpreise in einer Reihe von Staaten bestätigt, der im Gutachten gegeben wird (S. 21). Danach ist der Preisanstieg in der Bundesrepublik sowohl im Zeitraum 1955 bis 1960 als auch von 1960 bis 1965 (zum Teil beträchtlich) niedriger gewesen als in anderen Ländern.

### *Arbeitslosigkeit wäre der Preis für volle Geldwertstabilität*

Freilich zeigt die Übersicht auch, daß bei Vollbeschäftigung und einem befriedigenden Wirtschaftswachstum volle Geldwertstabilität sicherlich nicht zu erreichen ist. Selbst bei größten Anstrengungen um die Erhaltung des Geldwertes wird sich eine Regierung glücklich schätzen können, wenn das Preisniveau um nicht mehr als 1 bis 2 vH jährlich ansteigt und dabei zugleich das Wirtschaftswachstum zufriedenstellend ist. Man sollte den Mut haben, auszusprechen, daß nach aller Erfahrung volle Geldwertstabilität nur um den Preis einer Wirtschaftskrise mit größerer Arbeitslosigkeit — und in Deutschland mit der lebensbedrohenden Gefährdung der Demokratie — zu haben ist, während man umgekehrt für Vollbeschäftigung und einen wachsenden Wohlstand aller Bürger Jahr für Jahr einen leichten Preisanstieg in Kauf nehmen muß, auch dann, wenn im Rahmen eines optimalen Wirtschaftswachstums alle erforderlichen Maßnahmen zur Erhaltung des Geldwertes getroffen werden. Die harte Wirklichkeit ist, daß zwischen diesen beiden Möglichkeiten gewählt werden muß — alles andere sind Illusionen. „In der Wirtschaft, die allein von der Dynamik lebt, kann es Stabilität nicht geben, auch keine Stabilität des Preisniveaus. Wer sie anvisiert, setzt jene Stabilität aufs Spiel, auf die es in Wirklichkeit alleine ankommt: die Stabilität der Demokratie <sup>7)</sup>.“

6) „Der Volkswirt“ vom 2. 12. 1966, S. 2298.

7) Peter Sweerts-Sporck: Stabilität — ein Mißverständnis? in „Der Volkswirt“ vom 18. 11. 1966, S. 2219. Siehe hierzu auch Günter Pehl: Stabilität und Wachstum als Ziele der Finanzpolitik in GM, H. 8/1966, S. 449 S. sowie die dort in der Anm. 12 angegebene Literatur.

*Wir halten den, der sich den politischen Angelegenheiten fernhält, nicht für einen ruheliiebenden, sondern für einen unnützen Menschen.*

Perikles